

Handel und Volkswirtschaft

Letzte Nachrichten und Telegramme unserer Berliner Schriftleitung

Die wirtschaftspolitische Lage

Nach dem Scheitern der Londoner Konferenz war die Entscheidung über das deutsche Moratoriumsgesuch an die Reparationskommission zurückgefallen. Nach langem Zögern ist sie nunmehr zu einem Resultat gelangt, das praktisch auf der Stufe des Konferenzabbruchs geblieben ist. Es ist ihren Bemühungen nicht gelungen, die in London in schärfster Form hervortretenden Gegensätze der französischen und englischen Meinung auch nur um einen Zoll näher aneinander heranzubringen. Da sie aber eine Entscheidung zwangsläufig treffen mußte, sollte sie sich nicht als Institution überhaupt außer Kredit setzen, so konnte sie nur einen so spitzfindigen Ausweg wählen, wie sie ihn auch gewählt hat, der nicht einmal ein anständiger Kompromiß genannt werden kann, da die gegensätzlichen Anschauungen durch ihn einfach umgangen sind. Es ist das denkbar kläglichste Resultat dieser heterogenen Behörde. Sie hat den englischen Vorschlag auf Gewährung eines Moratoriums zunächst hinausgeschoben, die französische Forderung auf produktive Pfänder abgelehnt und einen belgischen Vermittlungsvorschlag angenommen, wonach Deutschland seine Leistungen bis Jahresende in Scheinein mit sechsmonatlicher Fälligkeit zu entrichten hat.

Da an den deutschen Zahlungen für 1922 vorzüglich Belgien interessiert ist, so werden Belgien und Deutschland in den nächsten Tagen in Berlin über die Garantien für die Schatzwechsel zu verhandeln haben. Vor allem Pariser Kreise propagieren hierbei den Gedanken, Deutschland zur Errichtung von Golddepots im Auslande in voraussichtlicher Höhe von 270 Mill. Goldmark zu veranlassen. Das ist bis jetzt der greifbare „Erfolg“ monatelanger deutscher Bemühungen um das heute schon fast zu späte Moratorium, des persönlichen Besuches des Vorsitzenden der Reparationskommission und vieler anderer Versuche, unserer wirtschaftlichen Lage nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Es war daher keineswegs verwunderlich, wenn es auch allgemeine Bestürzung, ja Verzweiflung hervorrief, daß der Dollar am 15. August den Stand von 1000 überschritt und am 25. August zeitweilig bis 2600 notierte. Der Monatsdurchschnitt des Dollars stellt sich im August auf 1130,56 Mk. Für September dürfte er sich zunächst zwischen 1200 und 1300 halten, das heißt nichts anderes, als daß die Mark nur noch $\frac{1}{4}$ - bis $\frac{1}{2}$ -Goldpfennig wert ist. Die Reparationskommission hat nunmehr in ihrer Antwort darauf hingewiesen, daß an eine Beschlußfassung über das deutsche Stundungsgesuch erst gedacht werden könne, sobald sie eine durchgreifende Reform der deutschen Finanzen entworfen habe.

Diese Reform soll unter anderem auch eine Währungsreform bringen. Man darf auf diese Vorschläge sehr gespannt sein, man darf es um so mehr, als jede Markverschlechterung die Schwierigkeiten einer Stabilisierung ungleich erhöht, und darf es endlich vor allem deshalb sein, weil das ganze wirtschaftliche Elend, das an die Markentwicklung geknüpft ist, einzig seine Ursache in jenem Friedensvertrag findet, zu dessen Hüterin die Reparationskommission berufen ist. Der Reichswirtschaftsrat hat sich ebenfalls erneut mit der Frage des Währungszerfalles beschäftigt und ernährungswirtschaftliche, handelspolitische, finanzpolitische und produktionstechnische Maßnahmen gefordert, von deren alleiniger Durchführung er sich jedoch selbst nur wenig versprechen dürfte, da er ausdrücklich in seiner Entschliebung betont: Vorbedingung für eine Festigung des Marktkurses sei der Aufschub der Barzahlungen und eine Anpassung der Sachleistungen an die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Damit ist zum wievielten Male die einzige Möglichkeit belegt worden, die nach dem Urteil der Welt, soweit sie fähig ist, mit nur wirtschaftlichen Augen zu sehen, imstande ist, uns vor dem Chaos zu bewahren.

Die Berichte der preußischen Handelskammern über die wirtschaftliche Lage im August beschäftigen sich demnach auch vorwiegend mit den Folgen des Kurssturzes. Diese unterscheiden sich von den Erscheinungen des Vorjahres vor allem dadurch, daß im August des Vorjahres parallel mit der Markentwertung eine lebhafteste Steigerung der Aufträge und der Produktion eintrat, während in den letzten Monaten dieses Jahres die beängstigend anwachsende Kapitalknappheit im Gegenteil eine Fortführung des Betriebes im alten Umfange in Frage stellt, teilweise schon zu Betriebseinschränkungen geführt hat. Für die an Sorgen wahrlich nicht arme deutsche Wirtschaft ist damit zur Zeit die Geldbeschaffung zum zentralen Problem geworden. Die angesichts der neuerlichen stärksten Preisaufschläge eingetretene Zurückhaltung der Käuferschaft ist nur geeignet, die Schwierigkeiten zu verschärfen.

Die Entwicklung der Warenpreise in Deutschland glich in den letzten Wochen einem Sturmhauf. Die Kalkulation konnte den täglich, ja stündlich wechselnden Preisen überhaupt nicht mehr folgen. Industrie und Handel werden in die Rolle nicht mehr des Spekulanten, sondern des Hasardeurs gedrängt, da jede Uebersicht

verlorenzugehen droht. Kein Wunder, daß sie mehr und mehr dazu übergehen, die Mark als Kalkulationsbasis auszuschalten und in der Rechnungstellung in ausländischer Valuta (Dollar, Schweizer Franken usw.) einen festen Halt suchen. Allerdings nehmen sie dabei die Mark in Zahlung. Starken Eingang findet das System in den grundlegenden Industrien, Eisen und Kohlen, Uhrenindustrie und -handel, deren Preise ausschlaggebend vom Schweizer Franken, in der Goldbeschaffung von englischer und von skandinavischer Valuta beeinflusst werden, propagieren dieses System seit langem. Wir erinnern auch an das gleitende System der Preisrechnung durch Multiplikationstabellen, das trotz gewisser Mehrarbeit hohen privatwirtschaftlichen Wert hat. Wer heute seine Existenz schadloos erhalten will, muß die Geschicklichkeit eines Jongleurs besitzen; die sogenannte altbewährte Tradition dürfte konservative Naturen leicht zum Ruin führen. Volkswirtschaftlich angesehen ist freilich dieses privatwirtschaftliche Gebot, und darüber wollen wir uns nicht täuschen, von nicht zu unterschätzenden Nachteilen begleitet. Der Mark wird ein letzter und vielleicht der kräftigste Halt fortgenommen, die Sprünge werden in immer tollere Ausarten, die Preisbewegung wird in einen rasenden Wirbel hineingerissen, der sich jeder Dämmung zunehmend und schließlich gänzlich entzieht. Einen Mittelweg zwischen privat- und volkswirtschaftlicher Forderung gibt es hier leider nicht. S.

Protest gegen Rechnungen in fremder Währung. In der vorigen Nummer veröffentlichten wir eine vom Verband der Deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten gefaßte Protestresolution gegen Rechnungen in fremder Währung, in der darauf hingewiesen wurde, daß das Verlangen der Zahlung in fremder Valuta gesetzlich verboten sei. Dazu wird dem „Berliner Tageblatt“ (6. September) unter anderem geschrieben: „Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß sich in jüngster Zeit die Verkäufer nicht mehr darauf beschränken, die ausländischen Zahlungsmittel als Berechnungsgrundlage für den zu zahlenden Kaufpreis zu nehmen, vielmehr wird die Zahlung des Kaufpreises selbst effektiv in Gulden, Franken usw. ausbedungen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese geschäftliche Unsitte auf die Bewertung unserer Zahlungsmittel von außerordentlich nachteiligem Einfluß dadurch sein muß, daß die Nachfrage nach Devisen weit über den zur Begleichung der Wareneinfuhr erforderlichen Bedarf hinaus gesteigert wird. Dagegen ist neuerdings in der Presse sowohl als auch in kaufmännischen Kreisen vielfach die Ansicht vertreten worden, daß derartige Kaufverträge rechtens gültig seien, und zwar wird diese Ansicht fälschlicherweise mit § 4 des Gesetzes über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 3. Februar d. J. („R.-G.-Bl.“ S. 195) begründet, in dem Geschäfte als nichtig erklärt werden, die den Vorschriften dieses Gesetzes widersprechen.“

Tatsächlich aber soll das Gesetz vom 3. Februar nur der Steuerkontrolle dienen; es verbietet nicht die Lieferungsgeschäfte in ausländischer Währung selbst, sondern macht nur die Bezahlung der Kaufsumme durch Vermittlung einer den Vorschriften dieses Gesetzes genügenden Bank zur Pflicht.

Die Teuerung im August

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten ist nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts über die Aufwendungen für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung im Durchschnitt des Monats August auf 7029 gegenüber 4990 im Monat Juli gestiegen. Die Reichsindexziffer für die Ernährungskosten stellt sich im Durchschnitt des Monats August auf 9746; sie ist gegenüber dem Vormonat mithin etwas stärker als die Gesamtausgaben gestiegen.

Außenhandel

Protest gegen die Verdoppelung der Ausfuhrabgabe. In einer stark besuchten Versammlung der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Mustermessen (E. V.) wurde folgende Entschliebung angenommen:

„Die am 30. August in Leipzig zu ihrer außerordentlichen Hauptversammlung zahlreich erschienenen Mitglieder der Zentralstelle für Interessenten der Leipziger Mustermessen (E. V.), die mit ihren 200 Verbänden und 9000 Einzelmitgliedern Industrie und Gewerbe, Großhandel und Einzelhandel ganz Deutschlands umfaßt, legen energisch Verwahrung gegen die von der Reichsregierung beabsichtigte Verdoppelung der Ausfuhrabgabe ein.“